

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 19. Jänner 2012

betreffend blutiger Abbau von Konfliktmineralien im Kongo

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert

1. sich im Rahmen der EU dafür einzusetzen, dass Konfliktmineralien im Dialog der EU mit der Demokratischen Republik Kongo konsequent berücksichtigt werden, um diese zu ermutigen, durch mehr Transparenz bezüglich des Abbaus und Handels mit Konfliktmineralien für mehr Schutz der betroffenen lokalen Bevölkerung zu sorgen.
2. sich im Rahmen der EU für eine Reform und Professionalisierung des Sicherheitssektors der Demokratischen Republik Kongo einzusetzen.